

Antrag 1/2009 Leitantrag

Einreicher: Kreisvorstand DIE LINKE. Westsachsen

„Ein gemeinsamer Landkreis – ein gemeinsames Ziel: „Der Mensch zuerst!“

Die Gesellschaft in der Krise

Die Welt des Finanzkapitals ist aus den Fugen geraten. Die Anbeter des Neoliberalismus sind, von purer Gier getrieben, aus Verantwortungslosigkeit scheinbar ahnungslos in die Finanzkrise geschlittert und rufen nun nach dem Staat, und im Konkreten nach dem Geld des Staates. Diese Steuergelder sollen als Ausfallbürgschaft für den gescheiterten Casinokapitalismus eintreten und die verzockten Milliarden ersetzen.

Banken werden de facto verstaatlicht und Staatspräsidenten denken über Staatsbeteiligungen zum Schutz von Industrien nach. „Das Kapital“ von Karl Marx verkauft sich gut wie nie seit 1989.

Die kapitalistische Produktionsweise befindet sich in einer tiefen Krise, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Die Interpretation als lediglich Immobilien- und Finanzkrise lenkt von den Systemursachen ab. Das führt dazu, dass sich die Machthabenden weiterhin auf die neoliberale Theorie stützen und ihre bisherige Politik fortsetzen. Nichts anderes stellen ihre beschlossenen Sanierungsprogramme dar. Dass Überwachung und Transparentmachung der Finanzmärkte künftige Krisen vermeiden, ist eine Illusion.

In der Logik der CDU wird die Zeche zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung gehen. Denn nach der Finanzmarkt- und Bankenkrise wird nun die wirtschaftliche Rezession als Folge der ausschließlichen Exportorientierung sowie der verfehlten neoliberalen Gesamtausrichtung der Politik der vergangenen Jahrzehnte viele Arbeitsplätze kosten und den Druck auf die so genannte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes weiter erhöhen. Nach dem das Vermögen der öffentlichen Hand zu großen Teilen und die Gewinne in den letzten Jahren in beispielloser Manier privatisiert wurden, sollen jetzt die Verluste der Banken sozialisiert werden.

Arm und Reich werden immer weiter auseinander driften. Die Ungleichheit bei den Einkommen und die Armut – gerade auch von Kindern – wird noch stärker zunehmen als in den vergangenen Jahren und in anderen Ländern. Die Anzahl der von Hartz IV abhängigen Haushalte wird weiter steigen. Dem setzt die Bundesregierung bei steigenden Aufwendungen für Mieten und Nebenkosten die Kürzung der KdU (Kosten der Unterkunft) entgegen und verschiebt die finanziellen Aufgaben zunehmend in die Kommunen. Den Rentnern in der Bundesrepublik droht in noch ungeahntem Maße Altersarmut und damit auch im Alter Sozialabhängigkeit. Das Konzept der Kapitaldeckung der Altersvorsorge ist gescheitert. Dennoch setzen die CDU und die Bundesregierung weiter auf diesen Weg.

Die Bildung in Deutschland ist ein Sanierungsfall. Es herrscht massive Chancenungleichheit, Fachkräftemangel, und die Zahl der Schulabbrecher steigt kontinuierlich.

Entgegen dem Trend in anderen Industriestaaten ist in der Bundesrepublik der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt gesunken. Hochschulen und Schulen gelten bundesweit als unterfinanziert.

Es handelt sich nicht nur um eine Finanzmarkt- und Bankenkrise, deren Auswirkungen auf die Gesellschaft durchschlagen. Es handelt sich um eine Krise der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates.

Die Auswirkungen dieser Krise und der verfehlten Politik auf Bundes- und Landesebene werden wir schmerzhaft zu spüren bekommen. Die öffentlichen Mittel zur Förderung der Daseinsvorsorge, für Kindereinrichtungen und Schulen, von Senioren, von Kultur und Sport werden drastisch eingeschränkt werden. Es ist nicht absehbar, dass die Förderung des Mittelstandes mit der Zielsetzung aktiver Beschäftigungspolitik sinnvoll verknüpft und die eindimensionale Exportorientierung zugunsten der Stärkung des Binnenmarktes aufgegeben wird.

Nicht erst mit den Verlusten der Landesbank sowie der Beteiligung der Länder am so genannten „Rettungspaket“ der Bundesrepublik für die Banken besteht die Gefahr, auch für die Kommunen, der weiteren Einengung des Spielraums für soziale Politik.

DIE LINKE steht in der Pflicht, die demokratischen und sozialen Rechte zu verteidigen.

Weil die Würde des Menschen unantastbar ist, muss für Arbeit ein armutsresistenter Lohn gezahlt werden, der neben dem Einkommen auch ein Auskommen sichert. Der gesetzliche Mindestlohn oberhalb der Pfändungsfreigrenzen ist das Gebot der Stunde.

Weil die Würde des Menschen unantastbar ist, muss allen, die nicht aus eigener Arbeit den Lebensunterhalt bestreiten können, eine repressionsfreie Grundsicherung gezahlt werden, die Armut verhindert und kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe sichert. Deshalb ist es auch weiterhin unser Ziel, Hartz IV zu überwinden.

Weil die Würde des Menschen unantastbar ist, hat er Anspruch auf eine abschlagfreie und solidarische Rente, die ihn vor Armut schützt, seine Lebensleistung respektiert und eine freie Entfaltung der Persönlichkeit auch im Alter sichert.

Weil die Würde des Menschen unantastbar ist, kann Bildung nicht den Verwertungsinteressen der Wirtschaft dienen. Bildung ist die Voraussetzung für die Entfaltung der Persönlichkeit, für die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

Diese Grundzüge unserer Politik sind die Voraussetzung für die Arbeit der LINKEN auf kommunaler Ebene. Die Krise von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat wird unsere Partei auch in unserem Landkreis und in den Kommunen vor Herausforderungen stellen, auf die wir vorbereitet sein müssen.

Im bevorstehenden Wahljahr 2009 werden wir unsere Antworten so vermitteln müssen, dass die Bürgerinnen und Bürger sie verstehen und annehmen.

Konsequent für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger: „Der Mensch zuerst!“

Damit in den kommunalen Parlamenten die Interessen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eine konsequente Vertretung finden und noch stärker zum Ausdruck kommen, wollen wir mit den Bürgern vor Ort sprechen und ihre Gedanken und Sorgen aufnehmen. Ausgerüstet mit diesen Argumenten wollen wir unseren Einfluss auf allen kommunalen Ebenen deutlich erhöhen. Unsere Politik muss deshalb Angebote an alle Generationen umfassen.

DIE LINKE im Landkreis Leipzig wird dies mit eigenen Initiativen und in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Kräften umsetzen und somit im Landkreis und den Kommunen aktiv Politik gestalten. Ausgangspunkt unseres Handelns sind dabei die Bedürfnisse und Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

„Der Mensch zu erst!“ ist daher unser Leitfaden bei allen politischen Fragen. Wir wollen mit sozial gerechter, ökologischer, antifaschistischer und bürgernaher Politik überzeugen und Zukunft gestalten.

Die außerparlamentarische Arbeit und unsere Arbeit in den Kommunalvertretungen ist kein Selbstzweck. Ob als politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger, als Gemeinde- oder Stadtrat, als Kreisrat oder als Bürgermeister in kommunaler Verantwortung, unser Denken und Handeln ist gerichtet auf die Probleme, Hoffnungen und Bedürfnisse der Menschen, auf die Verbesserung der Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger.

Dazu zählen wir insbesondere:

- den Erhalt und die Sanierung der verbliebenen Schulen in den Kommunen, dass Engagement für längeres gemeinsames Lernen und Ganztagschulen. Wir wenden uns gegen eine weitere Zersplitterung des Schulsystems.
- zumindest die Auswirkungen von Hartz IV für die Betroffenen zu mildern. Hartz IV ist Armut per Gesetz und muss überwunden werden. Wir fordern die Übernahme der Kosten der Unterkunft im tatsächlichen Umfang.
- den gebührenfreien Besuch der Kindereinrichtungen ohne Zugangskriterien und ein kostenloses Mittagessen für jedes Schulkind. Längeres gemeinsames Lernen sowie Lern- und Lehrmittelfreiheit sehen wir als Voraussetzung für Chancengleichheit in den Schulen.
- einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zwischen Staat und Wirtschaft, der aktive Arbeitsmarktpolitik mit sinnvoller, gesellschaftlich nützlicher Arbeit verbindet. Personalnotstand im Non-Profit-Sektor ist politisch herbeigeführt und somit umkehrbar. Dies ist ein Baustein für einen attraktiven und zukunftsträchtigen Landkreis und hilft, die Abwanderung aus dem Landkreis zu stoppen.
- die Sicherung und Erhaltung des derzeitigen kommunalen Eigentums und der Verfügungsmacht über das Kommunaleigentum sowie die Rekommunalisierung seit 1990 privatisierter Kommunalbetriebe. Das betrifft insbesondere die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge

(das Krankenhaus Borna) und, die der Abfallentsorgung dienenden Betriebe sowie die Schaffung einer einheitlichen Kreissparkasse unter vollständiger kommunaler Selbstverwaltung einschließlich der Entscheidung über die Gewinnverwendung. Hierzu gehört auch, dass die in allen kommunalen Betrieben Beschäftigten tariflich entlohnt werden.. Privatisierungen sind kein Weg aus irgendeiner Krise, sondern verschärfen diese. Wir unterstreichen bei dieser Gelegenheit unsere grundsätzliche Position, dass das Rettungswesen eine hoheitliche Aufgabe ist, die nicht an private Anbieter vergeben werden darf. Wir teilen die Auffassung des DGB, dass Privatisierung oft die Probleme erst erzeugen, die sie angeblich vermeiden sollen. Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden Privatisierungen auf keiner Ebene zustimmen und gemeinsam beraten, in welchen Bereichen Rekommunalisierungen sinnvoll durchgeführt werden können. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die bessere Ausstattung mit finanziellen Mitteln befördern starke, handlungsfähige und lebenswerte Kommunen und Landkreise.

- die nachhaltige soziale und ökologische Umgestaltung der wirtschaftlichen und regionalen Strukturen. Die jahrzehntelange extensive Industrialisierung und Ausbeutung der Braunkohle hat große Teile des Kreisgebietes geprägt. Heute fehlt ein „Masterplan“ zur Behebung der Folgen des massiven Arbeitsplatzverlustes und der gewaltigen Umweltveränderungen. Immer neue Seen werden keine Lösung sein. Wir setzen uns für eine gentechnikfreie Landwirtschaft im Kreis ein und streben an, dass anknüpfend an einen Beschluss des Kreistages des Muldentalkreises auch der neue Kreistag sich für die gentechnikfreie Landwirtschaft im Kreisgebiet ausspricht.

- eine sinnvolle infrastrukturelle Entwicklung des Landkreises. Dazu gehört auch die Verbindung zwischen dem Muldental, dem Kohrener Land und dem Neuseenland an vorderster Stelle. Der öffentliche Personennahverkehr soll sich dabei an den Bedürfnissen vor allem von Berufspendlern, Schülern und Senioren orientieren.

- die systematische Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die öffentliche Auftragsvergabe an regional ansässige Unternehmen sowie die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen mit Beschäftigungseffekten für unsere Region stellen wir in den Vordergrund.

- die Förderung der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung erneuerbarer Energien, die Produktion der dazu notwendigen Ausrüstungen und die Erzeugung und Nutzung dieser erneuerbaren Energien. DIE LINKE Westsachsen setzt sich dafür ein, dass für den Landkreis konzeptionell erarbeitet wird, worin sein Beitrag zur Senkung des Treibhausgasausstoßes um 40 % bis 2020 bestehen wird.

Gemeinsam die Demokratie im Landkreis stärken!

Im Ergebnis der Funktional- und Verwaltungsreform wurde, teils auch gegen den erklärten Willen der Bürgerinnen und Bürger, unser heutiger Landkreis Leipzig gebildet. Diese durch die Staatsregierung und die CDU-SPD-Koalition im Landtag verordnete Neubildung unseres Landkreises führte zu Auseinandersetzungen und Disharmonien auch in unserer Partei und waren nicht zuletzt Wahlkampfthema zu den Kreistags-, Bürgermeister- und Landrätewahlen. Es wurden Gräben

ausgehoben und Auseinandersetzungen zwischen Kommunen geführt, ohne dass diese wesentlichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung über Kreiszusammenschlüsse oder Kreissitze hatten.

DIE LINKE. Westsachsen sieht ihre Aufgabe auch darin, diese Gräben zu schließen und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger das Zusammenwachsen der beiden Altkreise zu befördern. Anders als die CDU sehen wir die demokratischen Parteien als unsere politischen Konkurrenten an, wollen aber mit ihnen bei gleichen Schnittmengen Kommunalpolitik gestalten. Mit unseren Angeboten wollen wir Wähler überzeugen.

Wir als LINKE stehen nicht nur für den antifaschistischen Grundkonsens, wir wollen ihn auch leben. Aus diesem Grund darf sich DIE LINKE nicht mit der Alibifunktion begnügen, auf welche Antifaschismus mit der „Feuerwehr-Politik“ in Sachsen reduziert wird. Wir stehen für nachhaltige Antifaschismusarbeit, die nicht nur Nazigewalt als Resultate sondern auch Ursachen menschenverachtender Ideologie entgegenwirken muss.

Jegliche Gleichsetzungen von Links und Rechts als Beweggrund oder Ergebnis einer Extremismustheorie relativiert Menschenfeindlichkeit und düngt den Nährboden für rechte Strukturen. Es gilt, Antifaschist_innen nicht als extremistisch zu kriminalisieren und mit „Rechtsextremisten“ gleichzusetzen, vielmehr muss die rechte Menschenverachtung wieder bei ihrem Namen genannt werden, es sind und bleiben Nazis.

Wer, wie die „Staatspartei“ CDU, DIE LINKE mit der NPD gleichsetzt, relativiert die tatsächliche Gefahr für die Demokratie, welche von der NPD und deren Vorfeld-Organisationsstrukturen ausgeht und diffamiert gleichzeitig sämtliche Projekte zur Stärkung von Mitbestimmung und Basisdemokratie, welche von uns als LINKE initialisiert und unterstützt werden.

. Wir fordern den Schulterschluss der demokratischen Parteien gegen jegliche Form des Rechtsextremismus, ob NPD, Freie Kameradschaften oder Vereine und Verbindungen mit rechtsextremem Hintergrund. Für uns ist der Kampf gegen die NPD und jegliche Spielart des Nationalsozialismus, des Faschismus oder des Geschichtsrevisionismus kein Wahlkampfthema, sondern fester Bestandteil unseres Selbstverständnisses als DIE LINKE.

DIE LINKE. Westsachsen verfügt über den politischen Sachverstand und die entsprechenden politischen Angebote zur Stärkung demokratischer Strukturen, für bürgernahe Politik, für die Stützung zivilcouragierter Jugendprojekte, für einen sozialen Landkreis. Mit diesen politischen Grundlinien haben unsere VertreterInnen in den kommunalen Parlamenten bisher das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewonnen und gerechtfertigt. Mit diesen Grundlinien steht DIE LINKE unverwechselbar auch in Zukunft für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Bürgernähe. Für eine gesellschaftliche Debatte zur weiteren Entwicklung des Landkreises und für alternative Gestaltungswege wird DIE LINKE. Westsachsen bis zum Frühjahr 2010 ein Leitbild entwerfen, diskutieren und beschließen.

Wir sind bereit, mit Mut Zukunft zu entwerfen und Verantwortung zu übernehmen!